

Bin ich ein Staatsfeind?

Oder eher unbequemer Fragesteller?

Stan Swamy

Ende Juli 2018 beschuldigte die Polizeistation des Distrikts Khunti in Jharkhand 20 Adivasi-Aktivist(inn)en, darunter Stan Swamy, der Verschwörung gegen den Staat und der Aufwiegelung („sedition“). Stan Swamy ist ein langjähriger Unterstützer der Adivasi. Die Vorwürfe beziehen sich auf Facebook-Posts und andere Veröffentlichungen. Stan Swamy, 81 Jahre alt, machte sich daraufhin folgende Gedanken.

Während der letzten beiden Jahrzehnte war ich Teil der Adivasi-Bewegung und ihres Kampfes für ein Leben in Würde und Selbstachtung. Als Autor versuchte ich verschiedene Probleme in Bezug auf die Adivasi-Bevölkerung zu analysieren und zu verstehen. Dabei habe ich klar zum Ausdruck gebracht, dass ich mit verschiedenen Vorgehensweisen der Regierung unter Bezug auf die indische Verfassung nicht einverstanden bin. Entsprechend habe ich den Wert, die Gesetzmäßigkeit und die Richtigkeit von Maßnahmen der Regierung und der herrschenden Klasse in Frage gestellt.

Nehme ich als Beispiel das Thema *pathalgadi* (wörtlich „Gedenkstein“): Es handelt sich um eine Bewegung, die Steinplatten in Adivasi-Dörfern errichtet, auf denen Auszüge der indischen Verfassung geschrieben sind (siehe auch Gelbe Seiten Adivais-Rundbrief). Ich habe mir die Frage gestellt: „Warum machen die Adivasi das?“ Ich sehe, dass sie in unerträglicher Weise ausgebeutet und unterdrückt wurden. Der Abbau der umfangreichen Vorkommen an Bodenschätzen auf ihrem Land hat die Industriellen und Geschäftsleute, die von auswärts kamen, reich gemacht, doch die Adivasi-Bevölkerung in so große Armut gestürzt, dass Menschen verhungern. An den Erzeugnissen und Gewinnen haben sie keinen Anteil. Und außerdem:

Gesetze und Maßnahmen, die zu ihrem Besten erlassen wurden, werden bewusst nicht umgesetzt. Sie sind nun in einer Situation, wo sie begreifen „Es reicht!“ und versuchen, ihre Identität neu zu definieren, in dem sie die Institution ihrer traditionellen Dorfversammlungen durch das Aufstellen der *Pathalgadi* stärken. Dieses Handeln ist durchaus verständlich.

Zentrale Fragen

In diesem Zusammenhang habe ich einige Fragen. Zum einen sieht der Fünfte Anhang zur Verfassung (V. Schedule; Art. 244,1) eindeutig einen Beirat vor, den „*Tribes Advisory Council* (TAC)“, der ausschließlich aus Mitgliedern der Adivasi-Gemeinschaft besteht und der den Gouverneur oder die Gouverneurin des Bundesstaates bei allen Dingen berät, wenn es um den Schutz, das Wohlergehen und die Entwicklung der Adivasi-Gemeinschaften in diesem Bundesstaat geht. Diese Amtsperson ist der verfassungsmäßige Hüter der Adivasi-Bevölkerung und kann selbst Vorschriften oder Gesetze erlassen, oder vom Bundes- oder Landesparlament erlassene Gesetze aussetzen, wenn es dem Wohlergehen der Adivasi-Bevölkerung dient. In Wirklichkeit hat jedoch während der letzten rund 70 Jahre in keinem Bundesstaat auch nur ein(e) Gouverneur(in) jemals diese von der Verfassung gewährte Macht zum Nutzen der Adivasi-Bevölkerung angewen-

det. Stattdessen brachten sie vor, solche TAC müssten harmonisch mit der gewählten Landesregierung zusammenarbeiten. Die TAC kommen nur selten zusammen, werden vom Ministerpräsidenten des Landes einberufen und geleitet und von der jeweils regierenden Partei dominiert. Der TAC wurde zu einer Einrichtung ohne Biss. Fürwahr ein Verfassungsbetrug, der der Adivasi-Bevölkerung da zuteil wurde.

Eine zweite Frage bezieht sich auf das Gesetz zur Selbstverwaltung, den *Panchayat (Extension to Scheduled Areas) Act (PESA), 1996*. Mit PESA erkannte erstmals ein Gesetz an, dass die Adivasi-Gemeinschaften in Indien eine wertvolle soziale und kulturelle Tradition der Selbstverwaltung in Form der Dorfversammlungen besitzen. In Wirklichkeit jedoch ist dieses vom Parlament verabschiedete Gesetz in neun Bundesstaaten bewusst nicht in Kraft gesetzt worden. Die kapitalistische herrschende Klasse wünscht nicht, dass die Adivasi-Bevölkerung über sich selbst bestimmt.

Frage drei beschäftigt sich mit dem Schweigen der Regierung zum sogenannten Samatha-Urteil des Obersten Gerichtshofs von 1997 (SC: Civil Appeal Nr.: 4601-2, 1997). Es bedeutet eine große Erleichterung für die Adivasi-Gemeinschaften in den registrierten Gebieten. Dieses Urteil erging zu einer Zeit, als staatliche und internati-

onale Unternehmen infolge der Globalisierung, Liberalisierung, Dominanz der Märkte und Privatisierung begannen, vor allem in Adivasi-Gebiete in Zentralindien vorzudringen, um die reichen Bodenschätze abzubauen. Jeder Widerstand der Adivasi-Bevölkerung wurde mit eiserner Hand unterdrückt. Das Urteil sah einige wichtige Sicherheitsschranken vor, damit die Adivasi-Gemeinschaften den Abbau der Bodenschätze auf ihrem Land unter Kontrolle halten und ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung voranbringen könnten. In Wirklichkeit jedoch hat der Staat die Ausführungen dieses höchsten Gerichts missachtet. Betroffene Adivasi-Gemeinschaften haben mehrfach Gerichtsverfahren angestrengt. Als Reaktion darauf wurde jedoch das Enteignungsrecht des Staates

(*eminent domain*) aus der Zeit der Kolonialherrschaft ins Spiel gebracht, um das Land der Adivasi in Besitz zu bekommen und die wertvollen Bodenschätze abzubauen.

Frage vier spricht das halbherzige Vorgehen der Regierung beim Forest Rights Act von 2006 an. Wir wissen, dass *jal, jangal, jamin* (Wasser, Wald, Land) die Grundlagen des wirtschaftlichen Überlebens der Adivasi-Bevölkerung sind. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass ihr traditionelles Recht am Wald seit Jahrzehnten systematisch missachtet wurde. Nach langer Zeit endlich begriff die Regierung dieses historische Unrecht an der Adivasi-Bevölkerung und anderen traditionell im Wald lebenden Gemeinschaften. Um diesen Fehler zu korrigieren,

erließ sie dieses Gesetz. In Wirklichkeit jedoch wurden von 2006 bis 2011 aufgrund dieses Gesetzes im ganzen Land etwa drei Millionen Anträge auf Beurkundung von Landbesitz gestellt. Davon wurden 1,1 Millionen bestätigt, aber 1,4 Millionen Anträge abgewiesen, 500.000 waren noch anhängig. In jüngster Zeit versucht die Regierung von Jharkhand, unter Umgehung der Dorfversammlungen, Waldland zu vereinnahmen, um dort Industrien anzusiedeln.

Die fünfte Frage beschäftigt sich mit der Untätigkeit der Regierung bei folgendem Beschluss des Obersten Gerichts: „Der Eigentümer des Landes ist auch Eigentümer der darunter liegenden Bodenschätze“ (SC: Civil Appeal Nr. 4549, 2000). Darin heißt es: „Wir

Auszug aus einem Interview des Online-Magazins „Caravan Magazine“ mit Stan Swamy über die Polizeiaktion am Morgen des 28. August 2018:

...

Ich war gerade aufgewacht. Um 6 Uhr morgens stand eine große Gruppe, 25-30 Personen, vor dem Haus und klopfte an meine Tür. Sie sagten, sie müssten meinen Raum durchsuchen. Ich fragte nach dem Durchsuchungsbefehl. Sie zeigten mir ein Dokument in der Sprache Marathi, welche ich nicht verstehe. Ich fragte nach etwas Schriftlichem in Hindi oder in Englisch, aber das hatten sie nicht. Sie drangen in mein Zimmer ein und durchsuchten meine Sachen. Sie nahmen meinen Laptop, mein Mobiltelefon und einen Tablet-Computer mit. Außerdem Tonbandkassetten mit Instrumentalmusik, die ich immer morgens höre, wie beispielsweise von Illayaraja und A.R. Rahman. Nachdem sie das beschlagnahmt hatten, sollte ich ein Protokoll unterzeichnen, das ebenso in Marathi abgefasst war. Ich weigerte mich, irgendetwas zu unterschreiben, das ich nicht verstanden hatte. Zu dem Zeitpunkt waren bereits viele Freunde und zwei Anwälte

dazugekommen. Die Polizei sicherte meinem Anwalt zu, dass ich eine Übersetzung in Hindi bekäme, diese habe ich gestern [am 2.9.2018] erhalten.

Hat die Polizei Sie darüber informiert, was gegen Sie vorliegt?

Sie erwähnten nur, dass mein Name in dem „*First Information Report*“ zum Zwischenfall in Bhima Koregaon auftauche [Zusatz des Interviewers: tatsächlich ist Stan Swamys Name dort nicht erwähnt]. Mehr hat man mir nicht gesagt. Der Durchsuchungsbefehl war in Marathi, welches ich nicht verstehe. Sie nahmen nur meine Sachen mit, es gab keine Befragung, kein Verhör.

Was ist seither geschehen? Hat die Polizei Ihnen Auflagen gemacht?

Momentan sind keine Auflagen da, aber mein Ruf ist beschädigt. Die lokale Presse kann sehr einseitig und käuflich sein. Einige Zeitungen kamen am nächsten Morgen mit großen Schlagzeilen heraus: „Stan Swamy angeklagt im Mordkomplott gegen

Modi“, „Stan Swamys Wohnung und Büro durchsucht“. Es herrschte völliges Durcheinander darüber, wessen ich beschuldigt werde. Einige meiner Freunde und Unterstützer haben mir geraten, Bagaicha zu verlassen und irgendwo anders hinzugehen. Aber das habe ich nachdrücklich abgelehnt. Ich habe meine Sachen gerichtet, mit einem Satz Kleider zum Wechseln, und gesagt, dass ich nirgendwo hingehen kann. Wenn sie kommen, bin ich bereit festgenommen zu werden und Klarheit über mich herzustellen. Deshalb habe ich auch die National Human Rights Commission gedrängt, die Festnahmen der Menschenrechtsaktivist(inn)en zu untersuchen und eine unabhängige Bewertung vorzunehmen, weswegen genau wir beschuldigt werden und diese ganze Unklarheit, die über uns hängt, zu beseitigen.

...

Quelle: <http://www.caravanmagazine.in/governance/government-policy/interview-advansi-rights-activist-stan-swamy-bhima-koregaon-crackdown>, 3.9.2018



Einer der Steine mit einem Verfassungsartikel der *Pathalgadi*-Bewegung.

Foto: privat

sind der Meinung, dass im Gesetz nichts steht, was besagt, dass aller Reichtum an den unter der Erde liegenden Bodenschätzen dem Staat übertragen ist. Auf der anderen Seite sollte damit das Eigentumsrecht an den unterirdischen Reichtümern oder Bodenschätzen im Regelfall aus dem Eigentum am Land folgen, außer der Eigentümer gibt es auf Grund eines rechtsgültigen Vorgangs auf.“ In Wirklichkeit jedoch plündern Regierung und private Unternehmen die reichen Vorkommen an Bodenschätzen. Der Oberste Gerichtshof erklärte zwar 214 von 219 Kohle-Tagebaue im Land für illegal und verfügte ihre Schließung und eine Strafzahlung wegen illegalen Abbaus. Doch Zentralregierung und Landesregierungen haben einen Ausweg gefunden, indem sie dieselben illegalen Kohle-Tagebaue durch Versteigerung neu vergaben und dem ganzen so einen legalen Anschein gaben.

Die sechste Frage gilt der Feststellung des Obersten Gerichts, dass „die bloße Verbindung mit einer verbotenen Organisation die betreffende Person nicht zu einer Straftäterin oder einem Straftäter macht, es sei denn, sie oder er wendet Gewalt an oder stiftet andere zur Gewalttätigkeit an oder sorgt

für öffentliche Unruhe durch Gewaltanwendung oder Anstiftung dazu“ (SC: Criminal Appeal Nr. 889, 2007). Das Gericht wies damit die Argumentation einer „Schuld durch Verbindung“ zurück. Diese Feststellung wird schlicht nicht beachtet. Alle wissen, dass zahlreiche junge Frauen und Männer aufgrund des Verdachts, sie seien „Unterstützer/-innen der Naxaliten“, im Gefängnis sitzen. Nach der Festnahme werden dann weitere Strafgesetze hinzugefügt. Es dient als bequemes Etikett, das jeder beliebigen Person aufgedrückt werden kann, wenn die Polizei jemanden festnehmen will. Beweise oder Zeugenaussagen sind dafür nicht erforderlich. Das Oberste Gericht sagt, dass selbst die Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation die Person nicht automatisch zum Straftäter oder zur Straftäterin macht. Wie weit haben sich damit die Kräfte, die für Recht und Ordnung sorgen sollen, vom Rechtswesen entfernt!

Eine siebte Frage bezieht sich auf den jüngst verabschiedeten Zusatz des Bundesstaates Jharkhand zum „*Land Acquisition Act 2013*“, welcher die Totenglocke für die Adivasi-Gemeinschaft schlägt. Damit wird das vorher obligatorische „Social Impact Assessment“ beseitigt, das darauf abgezielt hatte, das Umland, die sozialen Beziehungen und die kulturellen Werte der betroffenen Bevölkerung zu schützen. Am meisten Schaden wird jetzt dadurch angerichtet, dass die Regierung landwirtschaftlich genutztes Land auch für nicht-landwirtschaftliche Zwecke freigeben kann. Damit kann nun alles eingeschlossen werden.

Die achte Frage greift die sogenannte „*Land-Bank*“ auf, für meine Begriffe das allerneueste Komplott, um die Adivasi-Bevölkerung auszulöschen. Im Einzelnen:

– Unter dem Motto „*Momentum Jharkhand*“ verkündete die Landesregierung im Februar 2017, sie habe etwa 850.000 Hektar in ihrer Land-Bank, davon seien etwa

400.000 Hektar sofort für Industriensiedlungen verfügbar.

- *Gair-majurwa*-Land („unbebautes Land“) kann sich in Privatbesitz oder in Gemeinbesitz befinden. Traditionell hatten einzelne Adivasi-Familien oder ganze Gemeinschaften solches Land in Besitz und nutzen es gegen eine nominelle Abgabe (*jamabandi*). Jetzt hat die Regierung, zum allgemeinen Entsetzen, alle *jamabandi*-Titel aufgekündigt und behauptet, dass alles unbebaute Land der Regierung gehöre, und sie die Freiheit habe, es beliebig (an Industrie-Unternehmen) zu vergeben, damit diese darauf ihre kleineren oder großen Industrieanlagen errichten können.
- Die Menschen haben keine Ahnung davon, dass ihr Land mit einem Federstrich enteignet wird. Der *Tribes Advisory Council* hat sein Einverständnis nicht gegeben, wie es der Fünfte Anhang zur Verfassung vorschreibt. Die betroffenen Dorfversammlungen haben ihr Einverständnis nicht gegeben, wie es nach dem PESA-Act geschehen sollte. Die betroffene Adivasi-Bevölkerung hat ihr Einverständnis nicht gegeben, wie es der *Land Acquisition Act* von 2013 vorsieht. Trotzdem geschieht es.

Wer solche Themen also immer wieder beharrlich anspricht und Fragen stellt, wird offensichtlich zum Staatsfeind. Nun denn!

Aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet durch sarini

Zum Autor



Stan Swamy, 81 Jahre alt, gehört dem Jesuitenorden an, engagiert sich seit langer Zeit für Menschen- und Indigenenrechte und ist Mitbegründer der Begegnungsstätte Bagaicha in der Landeshauptstadt Ranchi.